

An die
E-Control Austria für die Regulierung der Elektrizitäts- und
Erdgaswirtschaft
per E-Mail

BJA - V (Verfassungsdienst)
verfassungsdienst@bka.gv.at

Mag. Andreas HONEDER, BSc. (WU)
Sachbearbeiter

andreas.honeder@bka.gv.at
+43 1 53 115-643947
Ballhausplatz 2, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte
unter Anführung der Geschäftszahl an
v@bka.gv.at zu richten.

Geschäftszahl: 2020-0.240.576

Entwurf einer Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird; Begutachtung; Stellungnahme

Zu dem mit oz. Note übermittelten Verordnungsentwurf nimmt das Bundeskanzleramt-
Verfassungsdienst wie folgt Stellung:

I. Allgemeines

Zu legislativen Fragen wird allgemein auf die Internet-Adresse
<https://www.bka.gv.at/agenda/verfassung/legistik.html>¹ hingewiesen, unter der
insbesondere

- die Legislativen Richtlinien 1990² (im Folgenden mit „LRL ...“ zitiert),
- das [EU](#)-Addendum³ zu den Legislativen Richtlinien 1990 (im Folgenden mit „Rz .. des EU-
Addendums“ zitiert) und
- die Richtlinien für die Verarbeitung und die Gestaltung von Rechtstexten (Layout-
Richtlinien)⁴ und

¹ Zur Aktivierung von Links (wie diesem) in PDF/A-Dokumenten vgl.
https://www.ag.bka.gv.at/at.gv.bka.wiki-bka/index.php/Link-Aktivierung_in_PDF/A-Dokumenten.

² <https://www.bka.gv.at/dam/jcr:f4301575-c575-403b-9300-a7dc01ec1a51/legri1990.pdf>

³ <https://www.bka.gv.at/dam/jcr:05576711-8715-4c8b-a3e8-fda1f437e861/addendum.doc>

⁴ https://www.bka.gv.at/dam/jcr:ede84206-8d48-4ce3-bdc5-c9cbc0f24fb5/layout_richtlinien.doc

– verschiedene, legistische Fragen betreffende Rundschreiben des Verfassungsdienstes zugänglich sind.

Die Übereinstimmung der im Entwurf vorliegenden Verordnung mit dem Recht der Europäischen Union sowie mit den in Anspruch genommenen gesetzlichen Grundlagen ist vornehmlich von der do. Stelle zu beurteilen.

II. Inhaltliche und legistische Bemerkungen

Es erscheint fraglich inwieweit eine gesetzliche Grundlage besteht, um die Referenzpreismethode in Verordnungsform zu regeln (dies betrifft zumindest die Novellierungsanordnungen 1, 12 und 21 [Anlage 3]). So wird in § 82 Abs. 1 erster Satz GWG 2011 die Genehmigung der Methode per Bescheid angeordnet. Sofern die Grundlage in den in der Promulgationsklausel genannten unionsrechtlichen Bestimmungen gesehen wird, ist darauf hinzuweisen, dass nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes auch unmittelbar anwendbares Unionsrecht keine gesetzliche Grundlage zur Verordnungserlassung (im Sinne des Art. 18 Abs. 2 B-VG) darstellt (vgl. VfSlg. 15.189/1998) – insoweit sollten auch bei Vorhandensein einer entsprechenden Grundlage die unionsrechtlichen Bestimmungen in der Promulgationsklausel entfallen. Auch in der Verfassungsbestimmung des § 12 Abs. 2 E-ControlG kann keine Grundlage zur Erlassung der diesbezüglichen Teile der Verordnung erkannt werden. Es wird daher dringend angeregt, das Bestehen einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage erneut zu überprüfen.

Überdies ist darauf hinzuweisen, dass es nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes für die Qualität als Verordnung auf den Inhalt des Verwaltungsaktes ankommt (vgl. etwa VfSlg. 20.293/2018, mwN) und sich eine Verordnung wesentlich über ihre Normativität bestimmt. Es sollte daher, insbesondere aus Gründen der Klarheit, vermieden werden, nicht normative Teile – wie dies vorliegend bei weiten Teilen der Anlage 3 der Fall ist – formell in eine Verordnung aufzunehmen.

Ungeachtet dieser beiden Punkte beziehen sich die weiteren (vorwiegend sprachlichen) Anmerkungen auf den derzeit vorliegenden Entwurf des Verordnungstexts und die diesbezüglichen Erläuterungen.

Zu Z 4 (§ 3 Abs. 4):

Es wird angeregt die verbleibenden Ziffern umzunummerieren.

Zu Z 7 (§ 3 Abs. 7):

In der Novellierungsanordnung sollte das Wort „In“ entfallen.

Zu Z 11 (§ 3 Abs. 10):

In der eingefügten Wortfolge müsste es lauten: „sowie von Einschränkungen“.

Zu Z 13 (§ 4 Abs. 2 Z 1 und 2):

Am Ende der Z 2 wäre ein Punkt zu ergänzen.

Zu Z 14 (§ 4 Abs. 5):

In der eingefügten Wortfolge müsste es lauten: „sowie von Einschränkungen“.

Zu Z 15 und 16 (§ 4 Abs. 6 Z 1 und 2 und § 4 Abs. 7 Z 1 und 2):

Am Ende der Z 2 sollte jeweils ein Punkt ergänzt werden.

Zu Z 21, 22, 19, 20 und 21 (§ 12 Abs. 4, § 12 Abs. 5, § 21 Abs. 16, Anlage 1 und Anlage 3):

Die Nummerierung der Novellierungsanordnungen sollte korrigiert werden.

In den Novellierungsanordnungen zu § 12 Abs. 4 und 5 sollte jeweils anstelle des Begriffs „Wortfolge“ besser der Begriff „Zeichenfolge“ verwendet werden.

Es existiert bereits ein § 21 Abs. 16, die Inkrafttretensbestimmung sollte daher als § 21 Abs. 17 eingefügt werden. Es wird überdies angeregt, die Inkrafttretensbestimmung derart zu formulieren, dass die novellierten Bestimmungen einzeln genannt werden (siehe § 21 Abs. 15).

In Anlage 1 wäre darauf zu achten, dass am Ende der Definitionen von E_{Rm} und F_R lit. a) und b) jeweils ein Strichpunkt (anstelle eines Punktes) gesetzt ist. In der Definition zu F_m hätte es zu lauten „ist das Netznutzungsentgelt ...“.

In Anlage 3 müsste es auf S 4 in Fußnote 7 „Gemäß § 74 Abs. 1“ lauten. Ebenso sollte es auf S 10 Punkt 1.3 lauten: „Gemäß § 74 Abs. 1“. Im letzten Satz auf S 10 wäre nach „vorgesehen“ ein Beistrich zu setzen. Auf S 11 sollte in Punkt 1.4 der Beistrich nach der ersten Geschäftszahl entfallen. In Punkt 1.5 hätte es im letzten Satz zu lauten: „Gas-

Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 festgelegt und ist in gleichbleibenden monatlichen“. Auf S 13 wäre in Punkt 2.2 i. nach dem Betrag „404.925.800“ eine Abstandmarkierung zu setzen. Auf S 14 sollte in Punkt 4.1 i. der Strichpunkt nach „Kapazität“ entfallen. Auf S 16 hätte der Bindestrich in der letzten Zeile zu entfallen.

III. Zu den Materialien

Auch bei Verordnungsentwürfen ist eine Textgegenüberstellung⁵ hilfreich.

Im dritten Absatz des allgemeinen Teils der Erläuterungen sollte der gesamte Titel der Verordnung zitiert werden („... und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 984/2013“).

Es wird angeregt für die Überschriften im besonderen Teil der Erläuterungen das Format „Zu Z X (§ ...):“ zu verwenden, wobei X die Nummer der jeweiligen Novellierungsanordnung ist und danach im Klammerausdruck die zu novellierende Bestimmung angegeben werden sollte.

Es sollte überprüft werden, ob die Erläuterungen zu § 3 Abs. 7 und § 4 Abs. 4 gestrichen werden können. Bei jenen zu § 3 Abs. 7 ist ein Zusammenhang zur Novellierung nur schwer zu erkennen und § 4 Abs. 4 wird von der vorliegenden Novelle nicht erfasst.

Der letzte Satz im dritten Absatz der Erläuterungen zu Anlage 3 bezüglich Art. 7 lit. b NC TAR sollte umformuliert werden; im vierten Absatz hätte es „eines wettbewerbsfähigen Entgeltniveaus“ zu lauten. Im zweiten Absatz zu Art. 7 lit. c NC TAR müsste es „und systemübergreifender Netznutzung“ und „von der Agentur empfohlen, veröffentlicht die E-Control“ lauten. Im achten Absatz der Erläuterungen zu Art. 7 lit. d NC TAR sollte es wohl „die Zahlen für 2017 (2,1%) und 2018 (2,0%) veröffentlicht.“ anstelle von „die Zahlen für 2017 veröffentlicht (2,1%) 2018 (2,0%).“ lauten; im Klammerausdruck hätte es überdies (in Übereinstimmung mit den darauffolgenden Institutionen) „von Österreichische Nationalbank“ zu lauten. Es wird angeregt, im ersten Absatz zu Art. 7 lit. e NC TAR die Wortfolge „waren, obwohl diese“ anstelle der Wortfolge „waren, während diese“ zu verwenden.

⁵ Vgl. <https://www.ag.bka.gv.at/at.gv.bka.wiki-bka/index.php/Textgegen%C3%BCberstellung>

Wien, am 28. April 2020

Für die Bundesministerin für EU und Verfassung:

i.V. Mag. Johanna HAYDEN

Elektronisch gefertigt